

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.02.2014**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

17:05 Uhr bis 19:41 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Jürgen Busse	CDU	anwesend ab 17:33 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	anwesend ab 17:38 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	anwesend bis 19:34 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	vertritt Herrn Dr. Fikentscher; anwesend ab 17:50 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:10 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	entschuldigt
Frau Gertrud Ewert	SPD	vertritt Herrn Dr. Diaby
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	entschuldigt, Vertretung durch Herrn Koehn
Frau Birgitt Berthold	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, fragte den Ausschuss, ob es Anmerkungen zur TO gäbe. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, erklärte den TOP 5.2 für unzulässig und berief sich dabei auf ein entsprechendes Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 18.03.2013. Die Thematik betreffe den übertragenen Wirkungskreis und sei hier an falscher Stelle, daher unzulässig. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, sprach auch von einem Dilemma, da diese Thematik durch den Stadtrat in den Ausschuss verwiesen worden ist, äußerte aber, der Antragstellerin zu empfehlen, die Thematik als Anregung in den Stadtrat einzubringen. **Herr Misch**, erklärte abermals sein Unverständnis, warum Stadtrat und Verwaltung gesetzliche Grundlagen nicht einhalten. **Frau Wildgrube, Verwaltung**, verwies auf keine endgültige Entscheidung des Landesverwaltungsamtes. **Frau Wildgrube** verwies auf § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung; die Absetzung des TOP kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stadträte entschieden werden und bedarf der Zustimmung des Einbringers. **Herr Misch** beantragte, den TOP 5.2 von der Tagesordnung absetzen. Die Antragstellerin **Frau Dr. Brock** erteilte die Zustimmung hierzu nicht, sodass eine Absetzung nicht erfolgen konnte.

Frau Krausbeck teilte mit, den Punkt 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2014 zu vertagen, da diese als Tischvorlage heute erst ausgeteilt wurde.

Darüber hinaus liegt zu Punkt 5.1 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen vor.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2014
4. Beschlussvorlagen

abgesetzt

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen
Vorlage: V/2013/12313
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen Vorlage: V/2013/12313
 - 5.2 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1 Baumfällliste
 - 7.2 Mitteilung zur Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
 - 7.3 Zwischeninformation zur Vorstellung des DLZ Klimaschutz
 - 7.4 Mitteilung zur „Vorbereitung zur Anpassung der ab dem 1.1.2015 geltenden Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung, Teil 2: Tischvorlage mit Vorschlägen zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab dem 1.1.2015“
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 05.12.2013 wurde einstimmig zugestimmt.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2014

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 16.01.2014 wurde dem Ausschuss heute als Tischvorlage ausgeteilt. Der TOP wurde daher abgesetzt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen Vorlage: V/2013/12313

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte dem Ausschuss den Antrag vor. Gleichzeitig erklärt er die Übernahme des Satzes 2 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen (Vorlage: V/2013/12313).

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, ergänzte, das Interesse läge vor allem in der schnellen Instandsetzung und wieder Nutzbarmachung der Spielplätze. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, erklärte, dass nach allen Kräften die Spielplätze wieder hergerichtet werden, dass aber bei größeren Schäden Ausschreibungen erfolgen müssen und dadurch sich die Instandsetzungen zeitlich verschieben.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., sagte, dass er mit dem Antrag in dieser Formulierung Problem habe, da er möglicherweise bedeuten könnte, dass „alte“ Spielplätze gesperrt bleiben und erst die „neueren“ saniert werden. Das sei aber nicht zielführend, sondern eine Priorisierung solle je nach Inanspruchnahme der Plätze erfolgen. **Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, erläuterte, dass der Hintergrund für die im Antrag erfolgte Priorisierung ein pragmatischer sei: - man gehe bei der Orientierung vornehmlich auf die „neuen“ Plätze davon aus, dass hier ein großer Bedarf bestehe und bei diesen auch wohl nicht alles defekt sein könne, der Aufwand sich deshalb in Grenzen halten müsste.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., führte aus, dass Anlass der „Ursprünge- Spielplatz“ am Landesmuseum für Vorgeschichte sei. Dieser Platz sei etwas Besonderes, vor kurzer Zeit zwar errichtet, aber auf Grund der dort verwendeten Materialien seien schon gravierende Schäden aufgetreten. Hier sollen die Haushaltsvoraussetzungen für die Sanierung geschaffen werden und im Übrigen wollen die Mitglieder des Ausschusses wissen, welche Plätze noch in Angriff genommen werden könnten.

Es erfolgten Diskussionen über Ergänzungen / zu streichende Passagen des Antrags. **Herr Misch, CDU-Fraktion** schlug die Ergänzung vor „...dort, wo der Bedarf am größten ist und die unter bürgerschaftlichen Engagement entstanden sind...“. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, fand es eigenartig, etwas zu beschließen, von dem kein Überblick z. Z. bestehe und Herr Misch fragte, ob die Verwaltung den finanziellen Aufwand für alle Spielplätze bereits kenne.

Herr Spieß, Verwaltung, schätzte den finanziellen Rahmen auf ca. 200 T €. **Frau Ruhl-Herpertz** schlug vor, Zahlen im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen abzuarbeiten und darzulegen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE. regte an, mit Vorliegen der Liste über gesperrte Spielplätze solle eine Priorisierung lieber im Jugendhilfeausschuss erfolgen; dort wisse man mehr, wo Bedarf herrscht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, schlug vor, die Diskussion im März wieder zu beginnen, wenn eine entsprechende Liste dem Ausschuss vorliegt.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt zu übernehmen; die diskutierten Änderungen einzufügen und nun über den geänderten Beschluss abzustimmen.

Zunächst bat Frau Krausbeck die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Die SKE stimmten dem geänderten Antrag zu.

Dann bat Frau Krausbeck um Abstimmung der Stadträte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, derzeit gesperrte Spielplätze – ~~soweit damit kein unangemessen hoher Kostenaufwand verbunden ist~~ – instand zu setzen und diese dadurch zeitnah wieder nutzbar zu machen. Vorrang ist dabei solchen Spielplätzen einzuräumen, **bei denen ein besonderer Bedarf besteht und** die erst in den letzten Jahren errichtet wurden, **insbesondere der Spielplatz am Landesmuseum**, sowie Spielplätzen, die unter Mitwirkung von bürgerschaftlichem Engagements entstanden sind. **Bis zur Stadtratssitzung im März 2014 legt die Stadtverwaltung eine Übersicht über alle aktuell komplett oder teilweise gesperrten Spielplätze im Stadtgebiet vor und informiert darüber, welche der Anlagen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und Mitteln aus der Fluthilfe in welchem Zeitraum im Jahr 2014 instandgesetzt werden sollen.**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen (Vorlagennummer: V/2013/12313)
Vorlage: V/2014/12543**

Die Diskussion und Übernahme des Änderungsantrages wurde bereits unter TOP 5.1 behandelt. Der TOP 5.1.1 hat sich demnach erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, derzeit gesperrte Spielplätze – soweit damit kein unangemessen hoher Kostenaufwand verbunden ist – instand zu setzen und diese dadurch zeitnah wieder nutzbar zu machen. Vorrang ist dabei solchen Spielplätzen einzuräumen, die erst in den letzten Jahren errichtet wurden, sowie Spielplätzen, die unter Mitwirkung von bürgerschaftlichem Engagements entstanden sind. **Bis zur Stadtratssitzung im März 2014 legt die Stadtverwaltung eine Übersicht über alle aktuell komplett oder teilweise gesperrten Spielplätze im Stadtgebiet vor und informiert darüber, welche der Anlagen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und Mitteln aus der Fluthilfe in welchem Zeitraum im Jahr 2014 instandgesetzt werden sollen.**“

**zu 5.2 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298**

Herr Misch, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung aufgrund der Unzulässigkeit des Antrages. **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte den von ihr eingebrachten Antrag und verwies auf Behandlung, in erster Linie zum Schutz der Fußgänger und Radfahrer. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, sagte, der Ausschuss sollte eine Beschlussempfehlung an den Stadtrat geben, den Antrag wegen Unzulässigkeit nicht zu behandeln und der Antragstellerin den Hinweis geben den Antrag über den TOP Anregungen in den Stadtrat einzubringen.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Misch auf Nichtbehandlung des Antrages der Stadträtin Dr. Inés Brock zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße.

Abstimmungsergebnis: 3 Zustimmungen bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Damit war der Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung abgelehnt und **Frau Krausbeck** bat um weitere Wortmeldungen zum TOP.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verdeutlichte dem Ausschuss die Wichtigkeit des Prüfauftrages, auch anhand eigener Erfahrungen. **Frau Schöps, sachkundige Einwohnerin**, äußerte, den Prüfauftrag als Sachempfehlung weiter zu geben wollen. **Herr Müller, Verwaltung**, erklärte, dass eine erste Prüfung begonnen hat, weiter müssen Polizei und Fachleute in die Spezifik mit einbezogen werden. Herr Müller wies auf gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer hin und äußerte, der Verwaltung sei der ernste Hintergrund des Prüfauftrages durchaus bewusst. **Frau Dr. Brock** machte deutlich, den Antrag dann im Stadtrat als Anregung vorzubringen. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, bei der Prüfung die HAVAG mit einzubeziehen.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung des Diskussionsergebnisses, welches besagt, dass der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten dem Stadtrat empfiehlt, den Antrag nicht zu behandeln und gleichzeitig der Verwaltung empfiehlt, die Anregung aufzunehmen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, betonte, sich bei einer Beschlussempfehlung nicht anzuschließen.

Zunächst bat Frau Krausbeck die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Der Empfehlung stimmten 6 zu, bei 1 Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt **zu prüfen, ob** zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs und des Fußgängerverkehrs in der Großen Ulrichstraße Fahrradpiktogramme zwischen den Straßenbahnschienen ~~anzubringen~~ **angebracht werden können**.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte zu Nr. 191 der Baumfällliste, Weinbergcampus Kurth-Mothes-Str./Wolfgang-Langenbeck-Str., ob und wann Ersatzpflanzungen erfolgen werden und ob die Baumschutzkommission hier einbezogen worden sei. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sagte Herrn Knöchel eine Beantwortung zu, sie kläre dies innerhalb der Verwaltung.

zu 7.2 Mitteilung zur Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, verwies den Ausschuss auf die ausgeteilte Tischvorlage. Sie erklärte, in Abarbeitung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Hochwasserbericht von 2011 zu ergänzen, möge der Ausschuss die Tischvorlage in Form einer Beschlusskontrolle zur Kenntnis nehmen. Im Hinblick des Antrags von Herrn Scholtyssek zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption aus dem OUA vom 16.01.2014 wurde eine Power-Point-Präsentation vorbereitet. Das Material wurde ebenfalls als Tischvorlage ausgeteilt – Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle (Saale). **Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte, ob eine Präsentation in der nächsten Ausschusssitzung nicht besser wäre, da sich die Ausschussmitglieder das Material vorab zu Gemüte führen könnten und evtl. dann Fragen stellen könnten. **Frau Ruhl-Herpertz** betonte, dies als Einstieg anzusehen und die Präsentation zur Verdeutlichung aufzunehmen.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Herrn Johannemann aus der Verwaltung.

Herr Johannemann, Verwaltung, präsentierte den Ausschussmitgliedern das Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle, Strukturentwurf – Stand Februar 2014. Er erläuterte die vier Säulen der Hochwasserschutzkonzeption – Flächenmanagement, Bauvorsorge, Verhaltensvorsorge, Risikovorsorge. (Die Präsentation ist auch in session aufgenommen worden)

Aus der Präsentation ergaben sich folgende Fragen:

Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner, fragte, ob und wie viele Bauvorhaben von 2011 bis 2014 im Saalegebiet erfolgt sind bzw. genehmigt wurden. Seitens der Verwaltung kann das aber nur zufriedenstellend beantwortet werden, wenn die Angabe konkreter Gebiete erfolgt.

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, wies hier auf das geplante Finanzamt an der Spitze hin. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, dass die Bauherren über Hochwassergefahren informiert seien, dass aber mittels Technik und Planung, Pumpen etc. zum Schutz vor Hochwasser mit eingeplant sind. Er führte weiter aus, dass man an die Festlegung der Überschwemmungsgebiete des Landes gebunden sei und diese Festlegung gerade neu erfolgte.

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, erklärte, dass künftig keine weiteren Fluthilfemittel zur Verfügung stehen werden, wenn keine Abhilfe zum Schutz vor Hochwasser getroffen wird. Er fragte, ob die Verwaltung personell in der Lage ist, derart große Arbeit, Erstellen von Konzepten zum Schutz vor Hochwasser, zu leisten. **Herr Johannemann, Verwaltung**, sagte, dass diese Thematik neben dem normalen Tagesgeschäft erledigt wird; ein eigener Bereich wurde dafür nicht gegründet. Auf die Frage von Herrn Bernstiel, ob auch aktive Vorsorge- Maßnahmen finanziert werden können, antwortete Herr Johannemann, dass das eigentlich nur für eingetretene Hochwasserschäden vorgesehen sei. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, wiederholte noch einmal die Frage zur Bewältigung der Aufgaben und stellte sogleich fest, dass nicht genügend Personal zur Entwicklung eines Hochwasserschutzkonzeptes zur Verfügung steht. Er wies darauf hin, dass hier auch weitere Bereiche (z.B. Stadtplanung) eingebunden werden müssten. **Herr Johannemann** erklärte, dass dies für alle eine neue Aufgabe ist, die aber erledigt wird.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., wollte in dem Zusammenhang noch einmal prüfen, ob die Hochwasser-Richtlinie es auch ermöglicht, dass Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser finanziert werden können. **Frau Krausbeck** regte an, die Zuständigkeiten für die Aspekte aus der Hochwasserschutzkonzeption noch mehr zu berücksichtigen und beim Land ein Tätigwerden einzufordern. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sagte für die März-Sitzung des Ausschusses zu, eine Übersicht über Verantwortlichkeiten im Hochwasserschutz sowie Schnittstellen zum Land zu geben. Insgesamt wird zur Hochwasserproblematik fortlaufend berichtet werden.

zu 7.3 Zwischeninformation zur Vorstellung des DLZ Klimaschutz

Herr Zwick, Verwaltung, informierte den Ausschuss darüber, dass sich der Umsetzungsplan im Abstimmungsprozess befindet und spätestens im April als Beschlussvorlage vorliegt. Der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten erhält dann eine Informationsvorlage und die Vorstellung des DLZ Klimaschutz erfolgt.

zu 7.4 Mitteilung zur „Vorbereitung zur Anpassung der ab dem 1.1.2015 geltenden Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung, Teil 2: Tischvorlage mit Vorschlägen zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab dem 1.1.2015“

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, führte in die Thematik ein und wies auf die Tischvorlage hin. Sie erläuterte nochmals den bislang stattgefundenen Prozess zur Erarbeitung einer neuen Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung ab 2015 gemeinsam mit Stadtrat/Fraktionen und verwies auf die im Oktober des vergangenen Jahres vorgelegte Terminkette zur Erarbeitung. Für die aktuelle Sitzung wurden zwei Materialien den Ausschussmitgliedern vorgelegt, einmal zur Einführung eines Ident- Systems und zum anderen ein Material über grundsätzliche Fragen zu Abfallgebührenrecht, verwendete Gebührensysteme in Sachsen- Anhalt, Gebührenmaßstäben, Kostenzuordnungen u. ä. Hinsichtlich der geplanten Einführung eines Behälter- Identsystems stehe man in engem Kontakt mit Chemnitz, wo ein solches bestehe. Dieses habe sich dort bereits nach gut einem Jahr amortisiert. Dieses Ident-System soll die Logistik der Behälterentsorgung technisch unterstützen, indem mit den gewonnenen Daten z.B. eine bessere Tourenplanung möglich ist und „verschwundene“ oder „illegal“ gestellte Behälter erkannt werden. Dies sorgt für Einnahmeerhöhungen bei den Gebühren und Kosteneinsparungen.

Es dient aber nicht dazu, eine neue Gebührenabrechnung auf Basis gezählter Behälterentleerungen einzuführen. Die bisherige Behälterentsorgung mit Abfuhrlisten und Aufklebern auf den Mülltonnen stößt an ihre Grenzen. Daher soll die Behälterentsorgung nun technisch unterstützt werden.

Die HWS GmbH bereitet die Einführung dieses Systems vor, dazu muss schnellstmöglich eine Ausschreibung stattfinden, da die Kostenstruktur bis zum 30.06.2014 vorliegen müsse. Für Lösungswege hinsichtlich des Wegfalls der pauschalen Halbierung der Restmüllgebühr führte Frau Ruhl-Herpertz für die Verwaltung aus, dass hier keine einheitlichen Reaktionen aus den Fraktionen erfolgt seien: zum einen könnte die Einführung einer „40 l-Tonne“ (d.h. 40 l-Einsatz in einer 120 l-Tonne) als Änderung der gegenwärtig geltenden satzungsrechtlichen Lage überlegt werden, zum anderen, dass die 60l-Tonne abweichend vom derzeit bestehenden Entsorgungsregime aller 4 Wochen entsorgt würde (mit der Option, dass insbesondere in den Sommermonaten der Abfallbesitzer die Möglichkeit hat, die Entsorgung wieder aller 14 Tage vornehmen zu lassen). Zu dieser 2. Variante tendiere auch die Verwaltung, da keine neuen Behältereinsätze angeschafft werden müssen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, wie die Entscheidung zum Ident-System beschaffen sein soll: ist zur Einführung desselben ein Ratsbeschluss erforderlich, da grundsätzliche Frage oder kann das in der Entscheidungskompetenz des Oberbürgermeisters verbleiben. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, wandte dagegen ein, dass diese Frage innerhalb der kaufmännischen Kompetenz der HWS GmbH zu beantworten sei. **Frau Ruhl-Herpertz** unterstützte diese Auffassung, bot aber an diesen Gesichtspunkt nochmals rechtlich prüfen lassen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

1. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, erklärte, dass der Bau der Sporthalle „Sportparadies“ am Böllberger Weg vermehrt durch Müllablagerungen und wildes

Parken in den Vordergrund tritt. Er fragte, inwieweit der FB Sicherheit bzw. der Fachbereich Umwelt damit vertraut sind und ob Abhilfe geleistet wird.

2. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, wies darauf hin, dass sich auf der Berliner Straße in Richtung Berliner Brücke, ggü. von Papenburg, ein Hügel auf der Straße befindet. Er fragte, ob hier Maßnahmen zur Verkehrssicherheit ergriffen werden könnten.
3. **Herr Schiller, sachkundiger Einwohner**, fragte, warum das Erfrischungsgeld in der Stadt Halle für Wahlhelfer deutlich geringer ausfällt in Höhe von 16 Euro im Vergleich zu anderen Städten, wie Berlin, Hamburg, Frankfurt, wo das Erfrischungsgeld 50 € bis 60 € beträgt. Er fragte, auf welcher Basis das Erfrischungsgeld gezahlt wird.

Frau Lachky, Verwaltung, erklärte, dass hier das Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Anwendung kommt. Demnach ist ein Erfrischungsgeld von 16 € maßgeblich. Ein darüber hinaus gezahltes Erfrischungsgeld ist eine freiwillige Leistung, zu der die Stadt Halle finanziell nicht in der Lage ist.

4. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, ob der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten die Thematik Spontanpartys behandeln könnte. Er fragte, ob eine genaue Anzahl an Beschwerden zu diesen Veranstaltungen vorliege.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, verwies auf einen kommenden Antrag der FPD-Fraktion, infolge dessen evtl eine Behandlung im Ausschuss erfolgen könnte.

Frau Wildgrube, Verwaltung, verwies auf die Zuständigkeit zum GB III, die Thematik wird demnach im Kulturausschuss behandelt. Eine Behandlung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten könnte erfolgen, wenn es um Lärmprobleme gehen würde.

5. **Frau Krausbeck** fragte, ob die Präsentation der 2. Stufe der Lärmkartierung aus der März Sitzung des Ausschusses im Internet bereitgestellt werden kann.

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, möchte dies veranlassen.

6. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, äußerte dass es bereits im Juli 2013 eine schriftliche Anfrage der CDU im Stadtrat zur Weiterführung der Brandschutzerziehung gab. Sie fragt, ob die Verwaltung zum aktuellen Stand bezüglich der Weiterführung der Brandschutzerziehung nach dem Auslaufen des Projektes beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung in 2014 berichten kann.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Die Sitzung des öffentlichen Teils wurde um 19:40 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.03.14

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
Protokollführerin